

KLEINBÄUERLICHE GEMEINDEN IM NORDEN MOSAMBIKS VERLIEREN DEN ZUGANG ZU IHREM LAND

AUSGESPERRT VON DER EIGENEN LEBENSGRUNDLAGE

In Niassa, der größten und fruchtbarsten Provinz Mosambiks, zerstören großflächige Baumplantagen die Lebensgrundlage der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Auch mehrere InvestorInnen aus Europa sind beteiligt. So etwa im Falle des Unternehmens Chikweti Forests of Niassa, einer Tochterfirma des schwedischen Investmentfonds Global Solidarity Forest Fund (GSFF).

Von Felix Tschon und Philip Seufert

Auf die Frage, wie sich die Einkommenssituation der kleinbäuerlichen Gemeinden in der Provinz Niassa seit der Anlage riesiger Baumplantagen verändert hat, antwortet Rita João Rezuane nur knapp. „Früher war es einfacher“, erzählt sie. Rezuane ist Bäuerin und Mitglied der nationalen Bauernorganisation UNAC, die die betroffenen Bäuerinnen und Bauern von Niassa vertritt. Früher, das klingt in ihrer Stimme wie eine längst vergangene Zeit. Früher, als Chikweti den Menschen in Niassa ihr Leben nicht weiter erschwerte. Früher, bevor der lokalen Bevölkerung der Zugang zu ihrem Ackerland und den umliegenden Wäldern genommen wurde.

Wälder bedecken mehr als die Hälfte des gesamten Landes in Mosambik, insgesamt etwa 40 Millionen Hektar. Seit Jahren forciert die mosambikanische Regierung, unterstützt von der schwedischen Entwicklungszusammenarbeit, die Anlage von Baumplantagen durch private InvestorInnen, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes anzukurbeln. Eben diese Plantagen sind es, die den Kleinbauerngemeinschaften in Niassa immer mehr zum Verhängnis werden. Die nationale Aufforstungsstrategie sieht vor, dass innerhalb der nächsten Jahre Baumplantagen auf einer Fläche von insgesamt knapp 1,3 Millionen Hektar entstehen sollen. Nichtregierungsorganisationen zufolge ist eine Million Hektar Land an ausländische InvestorInnen vergeben worden. Die Provinz Niassa ist von den Aufforstungsplänen der Regierung besonders betroffen, denn das Hochland im Norden Mosambiks bietet geeignete Bedingungen. Gegenwärtig sind in Niassa sechs Forstwirtschaftsunternehmen aktiv, die Pläne für eine Fläche von etwa 550.000 Hektar Land haben.

EUROPÄISCHE GELDER

Eines der Unternehmen, die Land in der Provinz erworben haben, ist Chikweti Forests of Niassa. Chikweti ist ein Tochterunternehmen des in Schweden ansässigen Global Solidarity Forest

Fund (GSFF). Hinter dem Investmentfonds stehen InvestorInnen aus Schweden, Norwegen und den Niederlanden. Eigenen Angaben zufolge sollen die Projekte des GSFF sowohl Profit für die InvestorInnen sicherstellen, als auch zur nachhaltigen Entwicklung Mosambiks beitragen. Etwa die Hälfte der erworbenen Flächen sollen zudem für Umweltschutzprojekte genutzt werden. GSFF hat neben Chikweti drei weitere Tochterunternehmen in Mosambik, die alle in der Forstwirtschaft tätig sind: Florestal de Masingulo in Niassa sowie Tectona Forests of Zambezia und Ntacia Florestas de Zambezia in der Provinz Zambezia. Chikweti ist das älteste und größte Forstprojekt des GSFF. Das Unternehmen begann 2005 mit seinen Arbeiten an den Baumplantagen und hat mittlerweile 45.000 Hektar Land in den Distrikten Lichinga, Lago und Sanga erworben. 13.000 Hektar davon sind bereits mit Kiefern und Eukalyptus bepflanzt worden. Insgesamt plant Chikweti 140.000 Hektar Land in Niassa zu erwerben, wovon etwa die Hälfte für

Plantagen schnell wachsender Bäume eingeplant sind. Mosambikanischen Nichtregierungsorganisationen zufolge soll das Projekt langfristig auch den Rohstoff für Papierproduktion für Asien und Europa liefern, doch Chikweti betont, dass das Holz lokal und regional verkauft werden soll. Auf den verbleibenden rund 70.000 Hektar sollen laut eigenen Angaben des Forstwirtschaftsunternehmens einheimische Umweltsysteme erhalten und geschützt werden. Nach Darstellungen des GSFF werden die Investitionen in Niassa nachhaltig zur Entwicklung der Provinz beitragen.

VERLETZUNG DES RECHTS AUF NAHRUNG

Diesen Versprechungen stehen die Auswirkungen der Plantagen auf die lokale Bevölkerung gegenüber. Wie auch in den weiteren Regionen Mosambiks bildet kleinbäuerliche Landwirtschaft die Ernährungs- und Lebensgrundlage

RECHT AUF NAHRUNG

Hunger ist die Folge von ungerechten Strukturen und ungerechter Verteilung von Land, Kapital und Macht. Hunger ist meist die Folge von mehrfachen Menschenrechtsverletzungen und bedingt weitere Verletzungen. So sind die Rechte auf Bildung, Wasser, Arbeit, freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit eng miteinander verknüpft. Wer keine Arbeit hat oder schlecht bezahlt wird, kann die Familie nicht ausreichend mit Nahrung versorgen und die Kinder nicht zur Schule schicken. Von einer Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung spricht man dann, wenn ein Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, dieses Recht zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten.

„In keinem Fall darf ein Volk seiner Existenzmittel beraubt werden.“ Dies ist in Artikel 1 des UN-Menschenrechtspaktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK-Pakt) festgeschrieben. Land und Wasser sind die grundlegenden Existenzmittel für die ländliche Bevölkerung in den Ländern des Südens und Grundlage der nationalen Ernährungssicherung. Artikel 11 des WSK-Pakts enthält das Recht auf Nahrung als Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard. Mehr als 150 Staaten haben diesen Pakt ratifiziert und können somit auch von den Vereinten Nationen zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie das Menschenrecht auf Nahrung verletzen. Mosambik hat den Pakt nicht ratifiziert, verabschiedete aber 2007 eine nationale Ernährungssicherungsstrategie, die auf dem Recht auf Nahrung basiert. Außerdem ist das Recht auf Nahrung auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert (s. oben), die von Mosambik ratifiziert wurde.



PlantagenarbeiterInnen von Chikweti auf dem Nachhauseweg. Foto: FIAN/S4S Films

der Bäuerinnen und Bauern in Niassa. Insgesamt erwirtschaften 80 Prozent der Bevölkerung Niassas ihre Ernährung und ihr Einkommen mit Landwirtschaft. Der Zugang zu Ackerland ist für sie lebensnotwendig. Durch die Anlage der Baumplantagen von Chikweti haben die Kleinbauerngemeinschaften sowohl den Zugang zu ihrem fruchtbaren Land als auch zu den einheimischen Wäldern verloren. Auf dem Land, das sie bisher zum Anbau ihrer Lebensmittel verwendet haben, wachsen jetzt die Eukalyptus- und Kiefernabäume des Unternehmens. Auch einige Wälder, die eine wichtige Grundlage für den Lebensunterhalt der Menschen bildeten – sie sind Quelle von Feuerholz, von Früchten und medizinischen Pflanzen – mussten den Plantagen weichen.

Einige Gemeinden berichten außerdem, dass ihr Zugang zu Wasser erschwert wurde, sei es dadurch, dass sie lange Wege um die Plantagen herum gehen müssen, um an die Wasserquellen zu kommen, sei es dadurch, dass die Brunnen in der Trockenzeit austrocknen, weil die Bäume auf den Plantagen so viel Wasser benötigen. „Das Leben hat sich verändert“, sagt Bäuerin Rita Rezuane. „Für die Beschaffung von Wasser müssen die Bäuerinnen und Bauern jetzt lange Wege auf sich nehmen. Die Plantagen sind um unsere Häuser herum errichtet worden und durch Zäune gesichert. Um Wasser zu holen, müssen die Frauen um die gesamte Plantage

herum laufen. Sie müssen viel längere Strecken zurücklegen.“ Es steht zu befürchten, dass Wasserknappheit und -verschmutzung in Zukunft weiter zunehmen, da bisher nur ein kleiner Teil der angestrebten Flächen bepflanzt worden ist. Darüber hinaus hat die Rodung von Waldflächen massive Auswirkungen auf die Umwelt, die von der Zerstörung gesamter Ökosysteme über den Verlust der Artenvielfalt bis zur Degradierung der Böden reicht.

Indem sie die Lebensgrundlage der Menschen zerstört, führt die großflächige Plantagenwirtschaft zur Missachtung der Menschenrechte der lokalen Bevölkerung. Insbesondere das Recht auf Nahrung und das Recht auf Wasser der Menschen in der Region wird missachtet. Eine Untersuchung der mosambikanischen Regierung aus dem Jahr 2010 bestätigte die Beschwerden der Bevölkerung. Es wurden dennoch bisher keine angemessenen Maßnahmen getroffen.

UNZUREICHENDE KONSULTATIONEN

Chikweti, GSFF und die Investoren berufen sich darauf, dass sie das Land in Niassa legal erworben und die Bauerngemeinden der Pflanzung der Bäume zugestimmt hätten. Das mosambikanische Recht erkennt die gewohnheitsmäßigen Landrechte der lokalen Bevölkerung an und

legt in der Tat fest, dass InvestorInnen nur nach Zustimmung der betroffenen Gemeinden Land erwerben können. Die Gemeinden, die von Chikwetis Projekten betroffen sind, berichten allerdings, dass sie nur unzureichend konsultiert worden seien. In manchen Fällen seien etwa nur die Dorfvorsteher informiert worden, die durch allerlei Versprechungen dazu gebracht wurden, Gemeindeland für die Plantagen zur Verfügung zu stellen. In anderen Fällen habe das Unternehmen angefangen Bäume zu pflanzen bevor die DorfbewohnerInnen überhaupt informiert wurden, geschweige denn dem zugestimmt hätten. In manchen Dörfern kam es bereits zu Widerstandsaktionen der Bauern, die gepflanzte Bäume aus der Erde rissen und Gebäude der Firma in Brand setzten.

Eines der Hauptversprechen von Chikweti an die lokale Bevölkerung, als Gegenleistung für Land, waren Arbeitsplätze. Das Unternehmen und die InvestorInnen kündigten an, dass dadurch zusätzliche Einkommensquellen für die Menschen vor Ort geschaffen würden. Allerdings stellte sich schnell heraus, dass auch dieses Versprechen nicht hielt: deutlich weniger als angekündigten 3.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen, die meisten Jobs sind zeitlich befristet, schlecht bezahlt und die ArbeiterInnen sind oftmals gezwungen, ohne Schutzkleidung auf den Plantagen zu arbeiten. Eugenio Buquine von der mosambikanischen Kleinbauernorganisation UN-

Schwerpunkt Menschenrechte

AC beschreibt die Arbeitsbedingungen so: „In diesen Plantagen zu arbeiten ist ein Desaster. Die ArbeiterInnen müssen mehr als acht Stunden am Tag arbeiten. Sie haben keine sichere Ausrüstung und keine Schutzkleidung. Meiner Meinung nach kommen die Unternehmen nach Afrika, weil sie unter solchen Bedingungen in ihrem Heimatländern gar nicht produzieren dürfen. In Afrika suchen sie billige Arbeitskräfte, billiges Rohmaterial, neue Märkte – aber bezahlen wollen sie nichts.“ Die Arbeit auf den Plantagen bietet daher keine alternative Einkommensquelle für die Menschen in Niassa.

DRUCK AUS EUROPA ALS LÖSUNG?

Eugnelio Buquine und Rita Rezuane waren beide Teil einer Delegation, die im Herbst dieses Jahres in Europa auf die Situation der Menschen in Niassa aufmerksam machte. Die Delegation traf dabei nicht nur die InvestorInnen, die hinter Chikweti stehen, sondern insbesondere auch RegierungsvertreterInnen aus Schweden, Norwegen und den Niederlanden. Aus diesen Ländern kommt ein Großteil des Geldes für das Projekt, das in Niassa zu Menschenrechtsverletzungen der Bäuerinnen und Bauern führt. Die Regierungen dieser Länder tragen daher eine Mitverantwortung und müssen einheimische Unternehmen und Investoren entsprechend regulieren. Von den genannten Ländern steht besonders Schweden in der Verantwortung, da GSFF hier seinen Sitz hat und die Errichtung von kommerziellen Baumplantagen in Niassa durch die schwedische Entwicklungszusammenarbeit maßgeblich gefördert wurde.

Da die mosambikanische Regierung derzeit nicht gewillt scheint, von ihrer Politik abzukehren, in

Großflächige Landnahme	Ländliche Entwicklung auf Basis des Rechts auf Nahrung
... orientiert sich an den Bedürfnissen der Investoren.	... stellt die von Hunger bedrohten/ betroffenen Gruppen ins Zentrum.
... ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Intransparenz.	... ist transparent und gewährleistet den Zugang zu allen relevanten Informationen.
... schließt die direkt Betroffenen meist aktiv aus.	... fördert die Teilhabe der Betroffenen an Entscheidungsprozessen.
... marginalisiert menschenrechtliche Staatenpflichten durch internationales Investitionsrecht.	... fördert die Durchsetzung menschenrechtlicher Staatenpflichten.
... konzentriert die Kontrolle über Land und Wasser in den Händen weniger.	... fördert eine gerechte und sozial verträgliche Verteilung von Land (zum Beispiel durch umverteilende Agrarreformen).
... diskriminiert informelle und traditionelle Landnutzung.	... respektiert traditionelle Landnutzungen.
... erhöht die Abhängigkeit vom Weltmarkt bei der nationalen Ernährungssicherung.	... stärkt eine nachhaltige lokale und nationale Nahrungsmittelproduktion und Vermarktung.

Quelle: FIAN Fact Sheet 2010/1 Land Grabbing – Moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung

großem Stil Land an ausländische InvestorInnen zu veräußern und stattdessen etwa die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern, sieht auch die Bauernorganisation UNAC hoffnungsvoll nach Europa: „Die Lösung kann nur sein, dass die Leute in Europa aufgeklärt und selbst aktiv werden“, sagt Eugnelio Buquine. „Dadurch lässt sich sicherstellen, dass ihre Regierungen, Firmen und Unternehmen keine Investitionen tätigen, die den Ärmsten schaden.“

Eugnelio Buquine verweist auf die Bedeutung des Drucks in Europa: Werden auch Sie aktiv! Dem Rundbrief liegen Aktionspostkarten an schwedische PolitikerInnen bei. Außerdem kann die Aktion auch auf www.fian.de → Briefkampagnen → Laufende Eilaktionen unterzeichnet werden (Ende 31.1.2013).

Der FIAN-Bericht „Human Rights Impacts of Tree Plantations in Niassa, Mozambique“ erschien im Oktober 2012 und ist verfügbar unter (nur auf Englisch) www.fian.org/resources/documents/others/the-human-rights-impact-of-tree-plantation-in-niassa-province-mozambique

Felix Tschon ist freier Journalist und absolviert derzeit ein Praktikum bei FIAN Deutschland. Philip Seufert arbeitet zum Thema Zugang zu natürlichen Ressourcen im internationalen Sekretariat von FIAN. FIAN ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.

